

Antrag

der Abgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann, Dr. Winfried Wolf, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

Einführung einer Schwerverkehrsabgabe

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- a) einen Gesetzentwurf zur Einführung einer Schwerverkehrsabgabe auf nationaler Ebene vorzulegen sowie
- b) sich innerhalb der EU bei den Revisionsverhandlungen um die Vignetten-Richtlinie für deren Abschaffung und für die europaweite Einführung einer Schwerverkehrsabgabe einzusetzen.

Die Schwerverkehrsabgabe wird gestaffelt nach Gewichtsklassen nach dem Gesamtgewicht und der Kilometerleistung bemessen. Sie ersetzt die zeitbezogene Straßenbenutzungsgebühr für LKW.

Die Einnahmen aus der Schwerverkehrsabgabe werden zweckgebunden zur Beseitigung der durch den LKW-Verkehr verursachten Schäden sowie zum Ausbau und zur Modernisierung des Schienengüterverkehrs und des kombinierten Verkehrs herangezogen.

Dr. Dagmar Enkelmann

Dr. Winfried Wolf

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Für den Straßengüterverkehr wird bis zum Jahr 2010 eine Verdoppelung prognostiziert. Die ökologischen und gesundheitlichen Probleme, die aus diesen Wachstumsraten resultieren, erfordern dringende Maßnahmen zur Vermeidung und Verlagerung des Güterverkehrs. Die zum 1. Januar 1995 eingeführte LKW-Vignette ist in diesem Zusammenhang kein geeignetes Mittel. Als zeitabhängige Gebühr schafft sie keine Anreize zur Einsparung oder Verlagerung von Verkehr.

Eine nach dem Prinzip der Vollkostendeckung festgelegte Schwerverkehrsabgabe hätte die positiven Wirkungen, daß überflüssiger Verkehr entfiel, regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt und um-

weltverträglichere Verkehrsmittel bevorzugt würden. Mit Maßnahmen zur Reduzierung des Gütertransports auf der Straße müssen auf der Angebotsseite selbstverständlich Maßnahmen zur Verbesserung des Bahnangebots einhergehen: der Ausbau neuer, schneller Umschlagtechnologien, eine flächendeckende Infrastruktur von Güterverkehrszentren sowie die Entwicklung neuer Transportprodukte. Dafür soll die zweckgebundene Schwerverkehrsabgabe zum einen verwendet werden, zum anderen für die Behebung der Schäden, die die schweren Lkw an den Straßen verursachen. Ein 40-Tonner nutzt z. B. den Straßenbelag etwa einmillionenmal so stark ab wie ein Pkw.

Gegenwärtig deckt der Schwerlastverkehr seine Wegekosten nicht einmal zur Hälfte, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) berechnet hat. Eine Studie des Heidelberger Umwelt- und Prognose-Instituts (UPI) kommt sogar zu einem noch ungünstigeren Verhältnis. Für das Berechnungsjahr 1987 ergaben sich einschließlich der ökologischen und gesundheitlichen Folgekosten insgesamt 34,5 Mrd. DM. Abzüglich der Steuereinnahmen von 7,4 Mrd. DM beläuft sich für das Jahr 1987 das Defizit auf 27,1 Mrd. DM, was einer Kostendeckung von lediglich 22 Prozent entspricht.